

Der Landtag von Niederösterreich hat am
beschlossen:

G e s e t z

mit dem das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz
geändert wird.

Das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz, LGBI. 3800-0,
wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 3 lautet:

"(3) Von Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgaben befreit
sind die Zuerkennung von Sachverständigengebühren, die
Erteilung von Rechtsbelehrungen und die Anfertigung von
Aktenskopien sowie Amtshandlungen in Vollziehung des Ver-
waltungsstrafgesetzes 1950, BGBl.Nr. 172, des Verwaltungs-
vollstreckungsgesetzes 1950, BGBl.Nr. 172, und der NÖ
Abgabenordnung, LGBI. 3400."

2. § 2 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

"Die Abgabe darf im einzelnen Falle S 9.000,--, jedoch in
Naturschutzangelegenheiten S 25.000,-- und in Angelegenheiten
des Ausländergrundverkehrs S 12.000,-- nicht übersteigen."

3. Im § 8 tritt an die Stelle der Wortfolge "der notdürftige
Unterhalt der Partei" die Wortfolge "der notwendige Unter-
halt des Beteiligten".